

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Wie wird man extrem rechts - und was kann offene Jugendarbeit dagegen tun?	3
Rechtssein hat viele Gesichter - menschenfeindliche und rechtsextreme Orientierungen bei Jugendlichen	23
Geschichte eines offenen Jugend- treffs in Schwerin	36
Denkanstoß - Toleranz am Biertisch	43
“Rechte Rockmusik” - Tagungsbericht	46
Titelfoto: Wolfgang Schmidt	

Impressum

Offene Jugendarbeit. Zeitschrift für Jugendhäuser, Jugendzentren, Spielmobile. Herausgeber: Bundesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen e.V. (BAG OKJE e.V.), Siemensstr. 11, 70469 Stuttgart, Tel: 0711/896915-0, Fax: -88. Verlag: tb-verlag, Burkhard Fehlren, Quenstedtstr. 20, 72076 Tübingen, bfehlren@t-online.de, www.tb-verlag.de.

Redaktion: Thea Koss, Burkhard Fehlren.

Verantwortlich für die Anzeigen: Burkhard Fehlren.

Offene Jugendarbeit erscheint 4x jährlich. Einzelpreis 6 Euro (zzgl. Versandkosten), Jahresabonnement 15 Euro (incl. Versandkosten). Für Mitglieder der BAG OKJE e.V. ist der Gesamtbezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Kündigungen sechs Wochen vor Ablauf des Jahresabonnements.

Nachdruck von Beiträgen nur mit Genehmigung der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Zurücksendung erfolgt nur, wenn Rückporto beigelegt ist. Die Zeitschrift kann bezogen werden über die BAG OKJE e.V., über den Verlag oder den Buchhandel. Alle Rechte sind vorbehalten.

Die Herausgabe der Zeitschrift wird finanziell gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

ISSN 0940-2888

Wer das Stichwort „Rechtsextremismus“ googelt, erhält 1.830.000 Beiträge. Fügt man „offene Jugendarbeit“ hinzu, reduziert sich die Zahl auf 51.500. Sucht man nach konkreten Projekten, so stößt man zunächst auf die Sonderprogramme der Bundesregierung: ENTIMON, CIVITAS, XENOS, und, seit diesem Jahr, „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“, bereits im Vorfeld kritisiert, weil die Vergabehoheit über die Programmfelder bei den Kommunen angesiedelt wird.

Noch während unserer Recherche geriet im Dezember die Stadt Burladingen auf der Schwäbischen Alb in die Schlagzeilen, bislang allenfalls bekannt durch die Trigema-Werke. „Unschöne Vorkommnisse“ nannte Bürgermeister Harry Ebert die Ausschreitungen Rechtsradikaler beim örtlichen Weihnachtsmarkt. Burladingen sei aber „keine braune Hochburg“, stellte der Schultes fest. Dabei hatten Neonazis bereits im Mai vergangenen Jahres ausländische Jugendliche auf einem Grillplatz angegriffen. Anfang März wurden die Skinheads aus Burladingen und Umgebung dafür in einem Aufsehen erregenden Prozess verurteilt. Schon lange aber werden im Ort braune Fahrzeuge mit dem Kennzeichen BL-HH gefahren (Balingen - Heil Hitler), Schüler tragen Klamotten der rechten Szene und verbreiten Rechtsrock-CDs. Es sei dies „ein gesamtgesellschaftliches Problem“, sagte der Rathauschef und zitierte den Schulsozialarbeiter, der es „eine Landplage“ genannt habe. Schulsozialarbeit und der Soziale Arbeitskreis arbeiten nun am Problem, nachdem sich Ebert nach dem Überfall auf die Jugendlichen noch genervt gezeigt und geäußert hatte, da seien die Gerichte an der Reihe: „Wir sind nicht untätig, wenngleich unsere Mittel begrenzt sind.“

Ebenfalls im Zeitraum unserer Vorbereitung gab es eine Anhörung des Landtags Baden-Württemberg zur rechtsradikalen Wochenzeitung Junge Freiheit. Die SPD hörte dazu dazu Experten, unter anderem auch den Geschäftsführer der AGJF. Betrachtet man allerdings die Autorenliste der Zeitschrift, so fallen einem zahlreiche SPD-

Abgeordnete als Verfasser ins Auge, die dort ebenso vertreten sind wie ihre Kollegen aus allen anderen Parteien. Last not least fiel dann auch das BGH-Urteil im sog. „Hakenkreuzstreit“, etwas zu spät übrigens für die TeilnehmerInnen des Projektes „Denkanstoß“, über das in dieser Ausgabe berichtet wird.

An Informationen, Studien, Initiativen und Projekten mit präventivem Charakter besteht also kein Mangel. Sucht man aber nach Jugendhäusern, die ganz konkret mit rechtsradikalen Jugendlichen arbeiten, tut sich ein schwarzes Loch auf. Schon 2003 mussten wir in unserer Veröffentlichung „Topographie der offenen Jugendarbeit in Baden-Württemberg“ feststellen: „Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit sind in Baden-Württemberg definitiv nicht die zentrale Anlaufstelle für Jugendliche, die sich bereits in der Szene bewegen.“ Bereits damals zeigte sich aber auch die Schwierigkeit der Thematik: Wie definiert man „rechtsradikal“? „Ausgemacht wird eine Art Patchwork-Überzeugung, ein Konglomerat ethischer, ethnischer und religiöser Wertevorstellungen, nach Belieben zusammengesetzt, Kleingeistigkeit und Weltoffenheit in Personalunion“, fassten wir die Einschätzungen der InterviewpartnerInnen zusammen - sofern man sich überhaupt mit der Problematik beschäftigen wollte. „Auftrag der Kommune ist, die breiten Massen zu bedienen, nicht irgendwelche Exoten!“, konstatierte damals ein Gesprächspartner kurz und bündig.

Was aber, um wiederum die Definitionsfrage zu stellen, ist noch „exotisch“? Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung vom letzten November konstatiert das Offensichtliche: dass rechtsextremes Gedankengut nicht nur am rechten Rand, sondern auch in der Mitte der Gesellschaft besteht. Zwischen „modernem Konservatismus“, „Rechtskonservatismus“ und „Rechtsradikalität“ sind die Grenzen durchlässig. Alles eine Frage der Interpretation, wie Kinderland-Ministerpräsident Öttinger uns kürzlich bei Filbingers Ableben vor Augen führte.

Man wird sehen, wie, ob und welche Kommunen am neuen Förderprogramm partizipieren. Im letzten Oktober warnten 46 Wissenschaftler vor „weit reichenden Fehlentscheidungen“ im Familienministerium bei der Bekämpfung von Rechts-

extremismus: „Zahlreiche politische und behördliche Verantwortungsträger in Kommunen verweigern sich immer noch einer offenen Auseinandersetzung mit Rechtsextremen in der eigenen Gemeinde. Dies ist gerade vielfach dort zu beobachten, wo deren Wahlerfolge stattfinden. Wenn in Zukunft die Initiative und Förderung der Projekte vornehmlich über die Gemeinden abgewickelt werden soll, erhöht dies die Gefahr des gezielten Wegschauens.“

Für Kommunen wie Burladingen wäre das Programm eine Chance.

Zu den einzelnen Beiträgen:

Kurt Möller und Nils Schumacher haben jahrelang die Ein- und Ausstiegsprozesse junger Skinheads erforscht. In ihrem Beitrag gehen sie der Frage nach, weshalb die rechte Szene für Jugendliche attraktiv ist und welche Handlungsoptionen die offene Jugendarbeit bei gefährdeten jungen Menschen hat.

Sehr konkret werden diese theoretischen Ansätze in Bremen umgesetzt. Die MitarbeiterInnen des Teams „Akzeptierende Jugendarbeit mit rechten Cliques“ arbeiten aufsuchend in unterschiedlichen Stadtteilen. Ihre Erfahrung: Fundiertes Wissen über die jugendkulturellen Ausprägungen ist für den Erfolg unerlässlich.

Die Geschichte eines von Skinheads dominierten offenen Jugendtreffs in Schwerin schildert Autor Michael Schmitz. Ungeschönt erzählt er, wie ein Team sich aus völliger Hilflosigkeit allmählich befreit, Rückschläge erleidet und nach und nach Wege findet, die Situation in den Griff zu bekommen, ohne die Jugendlichen aufzugeben.

Der Schwerpunkt der offenen Jugendarbeit im Umgang mit Rechtsextremismus liegt vor allem im präventiven Bereich. Um Jugendliche für die Thematik zu sensibilisieren und gleichzeitig eine breite Masse zu erreichen, hat das Kreisjugendamt Rems-Murr gemeinsam mit Kooperationspartnern das Projekt „Denkanstoß - Toleranz am Biertisch“ durchgeführt.

Einen spezifischen Aspekt dieser Jugendkultur griff die AGJF auf: Experten befassten sich auf einem Fachtag mit „rechter“ Musik. Ihre Erkenntnisse und Positionen haben wir hier kurz zusammengefasst.